

Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am 16. November 2013 in Neumünster

Dringlichkeitsantrag Nr. 1

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Dr. Bernd Buchholz, Dr. Heiner Garg, Wolfgang Kubicki, Christopher Vogt

1 Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen:

2

3

Liberaler Positionsbestimmung

4

5

6 Die schwere Niederlage der FDP bei der Bundestagswahl 2013 erfordert neben einer sorg-
7 fältigen Analyse der Ursachen auch eine innerparteiliche Positionsbestimmung und eine or-
8 ganimatorische Neuaufstellung. Dabei geht es nicht um die Suche nach Schuldigen, die Be-
9 lebung innerparteilicher Lagerkämpfe oder die Diskreditierung zurückliegender Entschei-
10 dungen. Es geht vielmehr um ein gemeinsames Verständnis für die Ausrichtung und die Conse-
11 quenzen, die nicht nur in personellen Veränderungen münden, sondern die Basis eines
12 Neuanfangs sein sollen, der im Jahr 2017 den Wiedereinzug der FDP in den Deutschen
13 Bundestag ermöglicht.

14 Selbstkritisch müssen wir feststellen, dass die FDP Erwartungen – insbesondere in der
15 Steuerpolitik - geweckt hat, die sie nicht erfüllte, ja für die sie nicht einmal mit Konsequenz
16 eingetreten oder sichtbar geworden ist. Abrupte Veränderungen in der Regierungspolitik, wie
17 in der Energie- oder Europapolitik, – so richtig sie im Einzelnen gewesen sein mögen – wur-
18 den von der FDP nicht initiiert, sondern „mitgemacht“. Eigenständige Initiativen mit liberaler
19 Handschrift wurden kaum sichtbar. Es gelang nicht, die inhaltliche Breite des Liberalismus
20 deutlich zu machen und die Verengung auf Wirtschafts-, Steuer- und Finanzfragen aufzuhe-
21 ben. Mit Positionierungen zu einigen sozialen Herausforderungen entstand darüber hinaus
22 der fatale Eindruck, der FDP seien gewisse Bevölkerungsgruppen gleichgültig. So entstand
23 das Bild einer unsympathischen FDP ohne Gestaltungswillen, die sich noch dazu in einer
24 Abhängigkeit zur Union, quasi als deren „Upgrade“ definierte und als wesentliche Wahl-
25 kampfbotschaft die Ablehnung von Forderungen der politischen Konkurrenz betonte.

26 Diese Analyse kann nicht vollständig sein. Sie ist aber wichtig, weil sie die Herausforderung
27 für die Zukunft deutlich macht: Die FDP hat Sympathie, Glaubwürdigkeit und vor allem Ver-
28 trauen in ihre politische Gestaltungskraft verloren. Erforderlich ist deshalb eine grundsätzli-
29 che Positionsbestimmung in einigen zentralen Politikfeldern, für deren Eintreten die FDP mit
30 Konsequenz sichtbar wird:

31 1. Im Mittelpunkt liberalen Denkens und Handelns steht das Bekenntnis zu Freiheit und
32 Verantwortung jedes einzelnen Menschen. Unser Gestaltungsauftrag ist deshalb eine
33 Politik, die aktiv die Voraussetzungen dafür schafft, dass Menschen selbstbestimmt
34 und eigenverantwortlich leben können.

35 Liberalismus betrachtet den Staat mit einer skeptischen Grundhaltung. Wir Liberale
36 suchen die Lösung von Problemen nicht zuerst in staatlicher Regulierung. Denn wir

Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am 16. November 2013 in Neumünster

Dringlichkeitsantrag Nr. 1

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Dr. Bernd Buchholz, Dr. Heiner Garg, Wolfgang Kubicki, Christopher Vogt

- 37 wollen so viel Freiheit wie möglich, aber eben auch so viel Staat wie nötig. Unser poli-
38 tischer Gestaltungsauftrag erschöpft sich deshalb nicht in der Begrenzung staatlicher
39 Aktivitäten bei Steuern, Staatsquote und Bürokratie. Er verlangt auch aktive Politik
40 zur Herstellung von Chancengerechtigkeit, von Aufstiegsmöglichkeiten durch Bil-
41 dungsangebote, der auf Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit angelegten
42 Umstrukturierung unseres Sozialstaates und der Gestaltung einer Wirtschaftsord-
43 nung, die möglichst allen ein wirklich selbstbestimmtes Dasein ermöglicht.
44
- 45 2. Die FDP ist die Partei des Rechtsstaats, der sich gegen staatliche Willkür und über-
46 bordende staatliche Überwachung, aber auch gegen die Einschränkung der Pri-
47 vatsphäre durch die exzessive Datensammlung Privater stellt. Neue technische Mög-
48 lichkeiten und die Kommunikationsformen der modernen Informationsgesellschaft
49 haben beispielsweise dem Trend zur Überwachung des Einzelnen einen massiven
50 Auftrieb verschafft. Wir Liberale sind nicht bereit, die Privatheit und die Bürgerrechte
51 einem überzogenen Sicherheitsdenken zu opfern. Unser politischer Gestaltungsauf-
52 trag kann und darf sich aber nicht darin erschöpfen, Grundrechtsverletzungen zu kri-
53 tisieren. Es ist Aufgabe des liberalen Rechtsstaats, seine Bürger vor Verletzungen
54 seiner Bürgerrechte zu schützen. Dies gilt grundsätzlich. Gegenüber privaten „Global
55 Playern“ genauso wie gegenüber befreundeten Staaten. Wir stehen auch in digitalen
56 Kommunikationskanälen für Freiheit und Verantwortung und für den Schutz vor
57 Überwachung. Zugleich werden wir nicht zulassen, dass dadurch rechtsfreie Räume
58 entstehen, die den Regelungen des Rechtsstaats entzogen werden.
59
- 60 3. Liberale wenden sich als Vertreter einer offenen Gesellschaft gegen alle Formen ei-
61 ner unnötigen Bevormundung. Während alle anderen Parteien unter der Vorgabe -
62 teilweise fraglos edler Motive - zeigen, dass „erzieherische“ Steuerungen durch Ge-
63 und Verbote, prohibitive Besteuerung oder massive Subventionierung wesentliche
64 Bestandteile ihrer Politik sind, setzen wir Liberale auf die Befähigung der mündigen
65 Menschen zu verantwortungsbewusster Selbstbestimmung. Wenn wir auch davon
66 überzeugt sind, dass es z.B. für einen wirksamen Umwelt-, Verbraucher- und Ju-
67 gendschutz angemessener Regelungen bedarf, so wehren wir uns vehement gegen
68 jede übertriebene Politik des „vor sich selbst geschützten Bürgers“, der dadurch letzt-
69 lich jede Freiheit verliert.
70
- 71 4. Die FDP steht für die soziale Marktwirtschaft. Privateigentum, Vertragsfreiheit und Ta-
72 rifautonomie sind die Grundlagen dieser Wirtschaftsordnung. Ein freier Wettbewerb,
73 der sich möglichst ohne staatliche Eingriffe entfalten kann, ist aus unserer Sicht die
74 beste Basis für die Schaffung von Beschäftigung und damit für Wohlstand für mög-
75 lichst alle Bürger.

Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am 16. November 2013 in Neumünster

Dringlichkeitsantrag Nr. 1

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Dr. Bernd Buchholz, Dr. Heiner Garg, Wolfgang Kubicki, Christopher Vogt

76 Ein freier Markt ist allerdings kein Selbstzweck. Denn Freiheit, die auf der Einschrän-
77 kung der Freiheit anderer beruht, bedarf der Begrenzung. Nicht erst die jüngsten Kri-
78 sen der Finanzmärkte haben gezeigt, dass Märkte eben nicht immer „alles von selbst
79 regeln“, sondern auch gesamtwirtschaftliche Destabilisierung bewirken können. Einer
80 sozialen Marktwirtschaft sind deshalb staatliche Interventionen nicht fremd, schon um
81 überbordende Machtkonzentration zu verhindern und verbindliche Wettbewerbsrege-
82 lungen zu formulieren. Wir wollen dabei die Märkte nicht in Ketten legen, sondern nur
83 dort eingreifen, wo Märkte versagen, durch Interventionen volkswirtschaftliche Schä-
84 den vermieden werden sollen oder Regelungen helfen, Krisen weniger wahrschein-
85 lich zu machen. In diesem Geiste wollen wir eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsord-
86 nung weiterentwickeln, die den Fleißigen und nicht den Rücksichtslosen belohnt.

87
88 5. Wir Liberale stehen für eine Zukunft Deutschlands in einem geeinten Europa. Denn
89 die Bestrebungen zur Einigung in Europa waren zunächst Stabilisator für Frieden auf
90 unserem Kontinent, sind heute auch Basis unseres Wohlstands und sichern uns in
91 einer globalisierten Welt eine hörbare und gewichtige Stimme.
92 Wir sind davon überzeugt, dass Europa langfristig auf der Basis einer gemeinsamen
93 Verfassung in einen Bundesstaat der Vereinigten Staaten von Europa geführt werden
94 sollte. Dieser Weg mag noch weit sein, aber er ist das erklärte Gegenmodell zum
95 Rückfall Europas in eine stark national orientierte Kleinstaaterei.
96 Bis zur Realisierung dieser Vision ist es notwendig, die europäischen Institutionen
97 weiter zu demokratisieren und insbesondere die Rechte des Europäischen Parla-
98 ments zu stärken. Es bedarf einer klaren Kompetenzabgrenzung und -zuweisung, die
99 auf der europäischen Ebene wirklich nur die zentral zu koordinierenden Fragestellun-
100 gen belässt und im Sinne einer klaren Subsidiarität den nationalen und regionalen
101 Ebenen klare Verantwortungen zuweist. Auch dadurch werden wir eine überbordende
102 europäische Bürokratisierung zurückdrängen.

103
104 Wir Liberale sind davon überzeugt, dass die Stabilisierung und Erhaltung des Euro
105 als Gemeinschaftswährung nicht nur auf dem Weg zur europäischen Integration von
106 großer Bedeutung, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen für Deutschland und
107 Europa richtig ist. Staatsbankrotte oder das Ausscheiden einzelner Länder aus der
108 Eurozone hätten höchste Risiken der Destabilisierung auch unserer Wirtschaft zur
109 Folge. Wir sehen klare Fortschritte in der Konsolidierung der Krisenländer. Und auch
110 wenn in Griechenland ein weiterer Schuldenschnitt wahrscheinlich ist, stehen wir zur
111 Politik der Euro-Rettung, die wir mit zu verantworten haben. Für die zukünftigen
112 Maßnahmen bleibt aber richtig, dass Reformen in den Mitgliedsstaaten Priorität vor
113 Umschuldungen, und diese Priorität vor europäischer Nothilfe haben müssen. Eine
114 europäische Wachstumspolitik als „Marshallplan“, z.B. mit einem zielgerichteten Aus-

Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am 16. November 2013 in Neumünster

Dringlichkeitsantrag Nr. 1

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Dr. Bernd Buchholz, Dr. Heiner Garg, Wolfgang Kubicki, Christopher Vogt

115 bau der Ausbildungs- und Verkehrsinfrastruktur und mit dem Instrument der För-
116 derbanken für kleinere und mittlere Unternehmen, würde den Stabilisierungsprozess
117 stärken und beschleunigen.

118

119 6. Für uns Liberale ist es ein Gebot der Humanität, dass wir als Gemeinschaft hilfsbe-
120 dürftige Menschen materiell unterstützen. Die FDP lässt den Einzelnen zwar in Ruhe,
121 aber sie lässt ihn nicht im Stich: Sie hilft zielgerichtet den Menschen, die wirklich auf
122 staatliche Hilfe angewiesen sind. Das Ziel dieser sozialen Leistungen muss es aller-
123 dings sein, je nach Möglichkeit jedem eine neue Perspektive für ein eigenverantwort-
124 liches und unabhängiges Leben zu verschaffen. Dauerhafte staatliche Fürsorge be-
125 deutet dauerhafte staatliche Bevormundung. Wir wollen aber keine Abhängigkeiten
126 und Entsolidarisierungen befördern, sondern ein würdevolles gesellschaftliches Mit-
127 einander ermöglichen. Im Übrigen ist Sozialpolitik für Liberale keine Almosenpolitik,
128 sondern ein Gebot des Sozialstaatsprinzips des Grundgesetzes.

129

130 7. Die Herstellung von Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft und die Bereitstellung
131 einer bedarfsgerechten Bildungsinfrastruktur, die für jeden zugänglich ist und jedem
132 Aufstiegschancen bietet, sind für Liberale die Grundlage der Selbstverwirklichungs-
133 möglichkeit jedes Einzelnen. Wir wissen allerdings, dass bisherige Ansätze zur Her-
134 stellung der Chancengerechtigkeit nicht dafür sorgen konnten, für Kinder aller sozia-
135 len Milieus tatsächlich gleichwertige Startchancen zu gewährleisten. Daran werden
136 wir zur Fortentwicklung unseres Bildungssystems arbeiten müssen. Für alle Bil-
137 dungseinrichtungen gilt dabei, dass es uns darum geht, selbstständige und verant-
138 wortungsbewusste Persönlichkeiten herauszubilden, die nach ihren Talenten geför-
139 dert werden. Uns geht es nicht um Gleichmacherei.

140

141 Wir Liberale treten dafür ein, der Forschungs- und Fortschrittsfeindlichkeit in unserem
142 Land zu widerstehen. Wissenschaft und Forschung basieren auf einer freien Weiter-
143 entwicklung des Wissens und der Neugierde der Wissenschaftler. Wir können uns
144 nicht leisten, die besten Know-how-Träger ins Ausland abwandern zu sehen, wo sie
145 das erforschen und entwickeln, was bei uns zu erforschen verhindert werden sollte.

146

147 Die FDP muss sich in den kommenden Jahren der Diskussion um die gesellschaftlichen
148 Herausforderungen der Zukunft engagiert und aktiv widmen. Sie muss dabei auch neue
149 Antworten auf Fragen diskutieren, die nicht durch die Tagespolitik bestimmt werden. Die
150 Herausforderungen des soziodemographischen Wandels, die Chancen und Risiken steigen-
151 der Zuwanderung und die Integration der Mitbürger mit Migrationshintergrund, die Wahr-
152 nehmung sozialer und ökologischer Verantwortung in einer vernünftigen Balance zu wirt-
153 schaftlichen Interessen und Erfordernissen, die Rolle Europas in einer globalisierten Welt: All

**Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein am
16. November 2013 in Neumünster**

Dringlichkeitsantrag Nr. 1

Angenommen: Ja: _____ Nein: _____ Enthaltung: _____

Antragsteller: Dr. Bernd Buchholz, Dr. Heiner Garg, Wolfgang Kubicki, Christopher Vogt

154 dies – und viele ungenannte mehr – sind Themenfelder, in denen statische Antworten aus
155 der Vergangenheit keine hinreichenden Lösungen für die Zukunft bieten. Nur in der offenen
156 Diskussion solcher Themenfelder kann die FDP eine intellektuelle Attraktivität erlangen, die
157 Voraussetzung für ihre Wahrnehmbarkeit und die Bindung interessierter Menschen an die
158 Partei ist.

159 Dazu bedarf es einer offenen und respektvollen Diskussionskultur auf allen Ebenen und der
160 Schaffung von Plattformen für diese inhaltlichen Diskussionen, sowohl in echten Gesprächs-
161 kreisen, als auch unter Nutzung moderner Kommunikationstechnologien. Produktiver Streit
162 macht die FDP dabei spannend und innovativ. Und sie kann die Liberalen als eine sympathi-
163 sche Partei positionieren, die sich nicht vorrangig mit sich selbst, sondern mit den Problemen
164 und Sorgen der Menschen in unserem Land beschäftigt. Eine FDP, die Souveränität wieder-
165 erlangt und die eigenständige Bedeutung einer liberalen Partei für Deutschland untermauert.

166

167 **Begründung:** Erfolgt mündlich.